

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
2 illustr. Beilagen) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

42. Jahrgang.

N^o 58.

Donnerstag, den 16. Mai

1895.

Bekanntmachung.

Nachdem wir mit Zustimmung der Stadtverordneten beschlossen haben, eine **allgemeine städtische Wasserleitung** zu erbauen und mit den Arbeiten hierzu in der zweiten Hälfte dieses Monats zu beginnen, fordern wir alle diejenigen Grundstücksbesitzer, welche ihr Grundstück behufs Wasserentnahme an die Leitung anschließen wollen, auf, dies bis **längstens**

den 6. Juni dss. Jahres

beim Stadtrath schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.
Der Anschluß von Zweigleitungen ist vorbehaltlich regulativmäßiger Regelung an folgende **Bedingungen** geknüpft:

- 1) Sofern die Herstellung der Zweigleitung bis zu vorgedachtem Termine beantragt wird, erfolgt die Anbohrung des Rohrnetzes und die Herstellung der Zuleitung bis 1 m über die Grundstücksgrenze bez. bis 1 m über die Hausumfassung, wenn das Haus vom öffentlichen Wege nicht weiter als 15 m entfernt ist, **auf Kosten der Stadt**. Bei weiterer Entfernung bleibt besondere Vereinbarung vorbehalten. Später sich Meldende haben die je nach der Entfernung des Grundstücks vom Hauptrohr sich auf 60 bis 90 Mark belaufenden Zuleitungskosten selbst zu tragen.
- 2) Wer für Rechnung der Stadt mit einem Grundstück an die Wasserleitung angeschlossen worden ist, hat, von Inbetriebsetzung des Wasserwerkes ab gerechnet, dem vom Stadtrath festzusetzenden Wasserzins fünf Jahre lang zu bezahlen.
- 3) Die Festsetzung des Wasserzinses erfolgt durch eine jährliche Einschätzung der angeschlossenen Grundstücke und zwar sollen hierbei die zu zahlenden Beträge nach der Größe des Grundstücks, der Anzahl seiner Bewohner und nach der Art der im Grundstück jeweilig betriebenen Gewerbe bemessen werden. Von einem kleinen Hausgrundstück sind jedoch jährlich mindestens 6 Mark zu entrichten.

E i b e n s t o c k , den 1. Mai 1895.

Der Rath der Stadt.

Dr. Körner.

Graupner.

Bekanntmachung.

Der am 30. April dss. Js. fällig gewesene **1. Termin der Einkommensteuer**

ist bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung bis **spätestens den 20. dss. Mts.** zu bezahlen.

E i b e n s t o c k , am 15. Mai 1895.

Der Rath der Stadt.

Dr. Körner.

Beger.

Fichtenrinden-Versteigerung.

Die auf den Revieren des **Forstbezirks Eibenstock** im laufenden Jahre ausfallende **Fichtene Rinde** an ungefähr **4865 Raummeter** soll

Montag, den 20. Mai 1895,

a) **Im Hötel „zum Rathhaus“ in Aue**

von vormittags 9 Uhr an

- | | | |
|--------|----------------------|--------------------------------|
| 1) vom | Sofaer | Forstrevier ungefähr 1530 Km., |
| 2) | Johanngeorgenstädter | 100 |
| 3) | Bodauer | 400 |
| 4) | Wildenthaler | 300 |

b) **In Wendels Hötel zu Schönheiderhammer**

von nachmittags 2 Uhr an

- | | | |
|--------|-----------------|-------------------------------|
| 1) vom | Hundshübler | Forstrevier ungefähr 290 Km., |
| 2) | Eibenstocker | 300 |
| 3) | Carlsfelder | 520 |
| 4) | Auersberger | 565 |
| 5) | Hartmannsdorfer | 180 |
| 6) | Schönheider | 680 |

unter den vor der Versteigerung bekannt zu machenden Bedingungen partiemweise gegen sofortige Baarzahlung beziehentlich nur gegen Sicherstellung des Kaufpreises meistbietend verkauft werden.

Nähere Auskunft ertheilen die unterzeichneten Revierverwaltungen.

Königliche Forstrevierverwaltungen Sofa, Johanngeorgenstadt, Bodau, Wildenthal, Hundshübel, Eibenstock, Carlsfeld, Auersberg, Hartmannsdorf und Schönheide und das Königliche Forstrentamt Eibenstock,
am 13. Mai 1895.

Der ostasiatische Konflikt

Ist nun vollständig ausgeglichen; zwischen Japan und China sind die schriftlichen Friedensverträge ausgetauscht worden, nachdem Japan, wie es die drei Großmächte gefordert hatten, auf den Besitz von chinesischem Festland Verzicht geleistet. Ob Japan für diesen Verzicht irgend eine Entschädigung ausbedungen und zugesichert erhalten hat, ist noch nicht genau bekannt, doch verlautet mit Bestimmtheit, daß China einige Hundert Millionen an Kriegskostenentschädigung mehr zahlen wird; indessen ist das auch eine Frage von untergeordneter Bedeutung und kann an dem allgemeinen Stande der Dinge nichts ändern. Vorläufig ruht alle Welt ab, selbst Rußland nach offiziellen Meldungen, obgleich nicht recht klar geworden ist, was die angebliche Mobilisierung der Truppen im Osten bezagen sollte und ob es da überhaupt etwas zu mobilisieren gibt. Genug, der Friede ist allem Anscheine nach gesichert, und es erhebt sich nun die Frage, was die Zukunft bringen wird und was namentlich Deutschland von der Neuordnung der Verhältnisse zu erwarten hat.

Die Haltung Deutschlands in der ostasiatischen Frage ist sehr verschiedenartig beurtheilt worden. Der ursprüngliche Eindruck war, daß das Auftreten Deutschlands zum ersten Male wieder seit Bismarcks Rücktritt eine That nach außen hin bedeute. Andererseits sind aber auch Stimmen laut geworden, daß sich die Reichsregierung durch ihre Stellungnahme gegen Japan die Sympathien verschert habe, die in dem östlichen Inselreiche gerade für Deutschland recht lebhaft gewesen seien, und daß der deutsche Handel in Japan schwer darunter zu leiden haben werde. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß die Politik des deutschen Reiches während des ostasiatischen Krieges einen Frontwechsel vollzogen habe. Deutschland übte die strengste Neutralität und verhinderte dadurch die übrigen Großmächte an der Einmischung zu Gunsten Chinas. Kaiser Wilhelm soll sich dahin ausgesprochen haben: man darf den Japanern die Früchte ihrer Siege nicht verkümmern. Daß in dieser Haltung später eine Aenderung eintrat, mag darin seinen Grund haben, daß Japan höhere Forderungen stellte, als ursprünglich erwartet wurden.

Es ist auch zweifellos, daß den deutschen und den europäischen Interessen überhaupt durch das Erstarken Japans Schädigungen schwerer Art drohen; aber diese scheinen nicht im mindesten geringer, wenn Japan die Halbinsel Liao-Tong nicht erhält. Die Gefahren, die auf wirtschaftlichem Gebiete von Japan drohen, wurzeln in einem ganz andern Boden und werden durch den diplomatischen Erfolg der Mächte kaum berührt, viel weniger beseitigt. Wenn ein Theil der Presse in letzter Zeit von Japan sprach, wurde stets betont, daß die europäische Kultur dieses Landes nur rein äußerlich sei. Das

mag in gewissem Sinne richtig sein, wenn man damit sagen will, daß die Japaner nur das von Europa angenommen, was ihnen für ihre Interessen passend schien, und ihren nationalen Ueberlieferungen trotzdem treu geblieben sind. Das hat Japan aber nicht gehindert, sich zu einem Industriestaat zu entwickeln, der die europäische Konkurrenz in vielen Dingen nicht mehr zu fürchten hat, sondern sie überflügelt, weil er bei unglaublich billigen Arbeitskräften entsprechend billiger zu produziren vermag, bei Bekleidung des gemeinsamen Marktes in Ostasien geringe Transportkosten hat und schließlich mit dem Geschmac, den Gewohnheiten und der Geschäftsbekämpfung der stammverwandten Chinesen naturgemäß vertrauter als die Europäer ist. Hierin vermag keine diplomatische Aktion etwas zu ändern.

Es ist also nicht recht einzusehen, welches Interesse Deutschland hatte, Japan von der Besignahme eines Theils des chinesischen Festlandes zurückzuhalten und man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß es sich um einen Freundschaftsdienst für Rußland handelte. Die Regierung bemüht sich, das in Petersburg noch immer vorhandene Mißtrauen gegen die deutsche Politik durch Thatfachen zu zerstreuen; sie hofft vielleicht dadurch Rußland den Traditionen des mitteleuropäischen Friedensbundes geneigter zu machen. Erfüllen sich diese Erwartungen, so kann man die deutsche Diplomatie zu dem Ergebnisse ihrer Thätigkeit nur aufrichtig beglückwünschen; der Friede, das der deutschen Politik gestellte höchste Ziel, wäre damit auf unabsehbare Zeit verbürgt und diese Sicherheit würde den wirtschaftlichen Bestrebungen Deutschlands reichen Ertrag geben für den Verlust vorläufig doch immer nur erhoffter Vortheile.

Tagesgeschichte.

— Berlin, 13. Mai. Wie am Sonnabend die politische Hauptaufgabe der Session, so ist heute die finanzpolitische — das Tabaksteuer-Gesetz gescheitert, genau nach dem Programm, welches der Abg. Richter für diese Prozedur aufgestellt hatte. Die Sitzung nahm verhältnismäßig kurze Zeit in Anspruch, eine eigentliche Debatte fand nicht mehr statt, sondern die Fraktionen mit Ausnahme der Konföderativen, welche völlig schwiegen, begnügten sich mit der Abgabe von Erklärungen. Namens der verbündeten Regierungen bemühte sich Graf Pobadowsky noch zu drei verschiedenen Malen, die sachlichen Erwägungen vorzutragen, die die Bedeutung der Vorlage für die Finanzreform darlegten. Ein gewisser Zug der Resignation ging freilich durch die Aeußerungen des Schatzsekretärs, als er von dem Massengrab sprach, das dieser Reichstag für die Vorlagen der Regierungen bereit

halte. Seiner Ueberzeugung, daß die unerläßliche Aufgabe der Regelung der Reichsfinanzen trotz aller Negation dennoch ihr Recht erzwingen werde, gab Graf Pobadowsky gleichwohl mit Lebhaftigkeit und voller Entschiedenheit Ausdruck. Ein nationalliberaler Redner hielt hierauf der Vorlage einen kurzen Nekrolog und sprach die Erwartung aus, daß der Tabak nunmehr gefeit sei vor jeder Störung. Dem widersprach Herr von Karborff und fügte hinzu, daß freilich von diesem Reichstag nichts Positives erwartet werden könne, daß aber die unumgängliche Finanzfrage auch die stärkere Heranziehung des Tabaks nothwendig machen werde; allerdings müsse man schon Geduld üben, bis die Vertretung des deutschen Volkes ein anderes Gesicht zeige als heute.

— Berlin. Das Staatsministerium trat Montag Nachmittag 2 Uhr im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen. Wie ein parlamentarischer Korrespondent wissen will, wird dasselbe sich über die Frage des Sessionsschlusses des Reichstages schlüssig machen, der, wie gerichtlich verlautet, für Sonnabend, den 18. Mai, in Aussicht genommen sein soll. Es würden dann nur noch die Novelle zum Brauntweinsteuergesetz, das angeforderte Zuckersteuergesetz und das von der „freien wirtschaftlichen Vereinigung“ eingebrachte Margarinegesetz, für das die Antragsteller der Mehrheit des Reichstags ohne kommissarische Vorberatung sicher zu sein glauben, zur Erledigung kommen.

— Friedrichsruh, 13. Mai. Fürst Bismarck empfing heute etwa 100 Damen aus Schlesien, als deren Sprecherin Frau v. Hönicka-Hoyerwerda herzlichste Begrüßungsworte an den Fürsten richtete. Fräulein v. Goldfus aus Nimptsch brachte dem Fürsten einen poetischen Festgruß dar. Fürst Bismarck, der sich in der besten Stimmung befand, sprach zunächst seinen Dank für den ihm geschenkten Teppich, den Schrein, die Adresse und die geplante Bismarck-Stiftung aus. Sodann äußerte der Fürst ungefähr Folgendes: Schlesien habe sich stets durch seine patriotische Gesinnung ausgezeichnet; wenn die Damen für eine Sache genommen seien, sei es ihm nicht bange für die Männer. Wenn erst die Wahlen unter dem weiblichen Einflusse ständen, würden sie nationaler und besser ausfallen. Der Fürst schloß mit einem Hoch auf die deutschen Frauen, um sodann unter die Damen herunterzutreten, welche ihm Blumensträuße überreichten. Einige der Damen wurden zur Frühstückstafel gezogen. Die Uebrigen besichtigten später den erwähnten Teppich im Arbeitszimmer des Fürsten.

— Friedrichsruh. Ueber das Frühstück bei Bismarck, zu dem am vergangenen Mittwoch 40 der Vertreter der 72 sächsischen Städte, welche dem Reichsanzler das Ehrenbürgerrecht verliehen haben, eingeladen waren, berichtet einer der Theilnehmer: Nach dem heißen Sonnenbrande